

61. Sitzung vom 29. Juni 2020

Seite 1

(Beginn: 18.10 Uhr - Ende: 19.44 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Abend, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sondersitzung als 61. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode.

Ich begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen und natürlich Sie, sehr verehrte Mitglieder des Rates.

Besonders möchte ich heute Marion Heuser begrüßen und ihr sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren.

(Beifall)

Wie bei den letzten drei Sitzungen tagen wir im Gürzenich, um die Mindestabstände zu gewährleisten. Ich denke, Sie alle sind mittlerweile auch mit den Abstandsregelungen vertraut.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute viele Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat entschuldigt: Frau Dr. Bürgermeister, Herr Erkelenz, Herr Frenzel, Herr Dr. Gutzeit, Herr Hammer, Frau Henk-Hollstein, Herr Kara, Herr Kaske, Herr Kienitz, Frau Killersreiter, Herr Klein, Herr Kron, Herr Noack, Herr Philippi, Herr Pöttgen, Herr Schneider, Herr Dr. Schoser, Frau Schultes, Herr Scholz, Herr Dr. Strahl, Herr Thelen, Herr Tritschler, Herr van Benthem, Herr Weisenstein, Frau Welcker, Herr Welter und Bürgermeister Wolter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Halberstadt-Kausch, Frau Heithorst und Herrn Frank.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Diese ist übersichtlich. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Änderungsanträge finden Sie bei dem jeweiligen Tagesordnungspunkt aufgeführt.

Die SPD-Fraktion hat am 25. Juni 2020 fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Geplante Räumung der Marktstraße 10 - Wohnraum schaffen statt räumen“ eingereicht. Unsere Geschäftsordnung sieht vor, dass die aktuelle Stunde im Regelfall zu Beginn der Sitzung behandelt werden soll.

Zu- und Absetzungen gibt es derzeit noch nicht.

Gibt es Wortmeldungen zur aktuellen Stunde? - Das ist nicht der Fall.

Ein Dringlichkeitsantrag liegt nicht vor.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Doch!)

Herr Detjen.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Es muss jeden Moment eine Resolution aller demokratischen Parteien und - ich weiß nicht - der Einzelmandatsträger vielleicht auch umgedruckt werden. Diese müssen wir zumindest auf die Tagesordnung nehmen, obwohl sie noch nicht umgedruckt ist. Ich habe sie noch nicht. Das wäre die Resolution „Historisches Archiv“ - so nenne ich das mal - unter dem Tagesordnungspunkt 1.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das kommt in diesem Moment.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Okay. Ich habe sie noch nicht. Aber wir müssen es auf die Tagesordnung setzen, sonst können wir es nicht behandeln.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist kein Dringlichkeitsantrag, sondern eine Resolution zum Tagesordnungspunkt 1. Der wird derzeit wahrscheinlich auch für Sie umgedruckt. Wenn ich ihn hier in der Hand habe, müsste er jeden Moment auch bei Ihnen ankommen. - Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Es müsste noch eine Resolution zum Tagesordnungspunkt A vorliegen, die wahrscheinlich auch gerade noch unterwegs ist oder umgedruckt wird. Ich weiß es nicht genau.

(Zurufe: Das ist dasselbe! - Gegenrufe: Nein, das ist nicht dasselbe!)

A ist Marktstraße, 1 ist Archiv.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das ist richtig so!)

Wir einigen uns darauf, dass wir die hier noch behandeln?

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wahrscheinlich wird es dann gleich kommen. Wir haben uns jetzt darauf geeinigt, dass wir sowohl zur aktuellen Stunde als auch zu Tagesordnungspunkt 1 die Resolution behandeln. So nehmen wir das in die Tagesordnung auf. - Frau Kessing.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Resolutionen!)

Ja, sowohl zur aktuellen Stunde eine Resolution als auch zum Tagesordnungspunkt 1 eine Resolution.

Dann muss ich jetzt fragen: Gibt es noch weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich rufe die aktuelle Stunde auf:

A Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Geplante Räumung der Marktstraße 10 - Wohnraum schaffen statt räumen“ AN/0866/2020

Resolution zu TOP A „Geplante Räumung der Marktstraße 10 – Wohnraum schaffen statt räumen“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir bitte einige Sätze zur aktuellen Lage des besetzten Hauses in der Marktstraße. Sie wissen, als Oberbürgermeisterin ist mir die Sicherheit der Kölnerinnen und Kölner die oberste Priorität. Ich war deshalb gestern in der Marktstraße 10 und habe mir selbst ein Bild von der Situation gemacht. Darüber hinaus war es mir wichtig, persönlich mit den Menschen vor Ort zu sprechen und sie darauf vorzubereiten, dass am heutigen Nachmittag ein Team aus einem sachkundigen Architekten und einem Brandschutzexperten kommen wird, um das Gebäude zu begutachten. Ich wurde von dem Stellvertreter von Herrn Dr. Miller, dem Leiter der Feuerwehr, begleitet. Es ging mir darum, die Frage zu klären, ob das Gebäude so unbewohnbar ist und ein so unvertretbar

hohes Gefahrenpotenzial in sich birgt, dass wir als Eigentümerin den Verbleib der Menschen nicht vertreten können oder der Verbleib der Personen zumindest im Interim vertretbar ist, damit die Verwaltung eine alternative Unterbringung entwickeln kann.

Die Prüfung hat Folgendes ergeben - das wurde mir mündlich mitgeteilt, morgen wird dann der schriftliche Bericht darüber kommen; das war heute noch nicht möglich -: Das Haus muss für die Feuerwehr anleiterbar sein, und das umgebende Gelände muss für eine ungehinderte Feuerwehrezufahrt geräumt werden. Das ist gestern auch von dem Feuerwehrchef schon festgestellt worden. Das kann aber geschehen durch Versetzung des Zaunes und durch Räumung der Flächen vor dem Haus.

In den Zimmern müssen interne Rauchmelder installiert werden. Pro Etage ist ein Feuerlöscher erforderlich. Im Treppenhaus muss ein Rauchabzug zu öffnen sein. Im Treppenhaus muss eine Beleuchtung angebracht werden. Das Treppenhaus muss brandlastenfrei sein. Der Zugang zum Gebäude muss ebenso frei sein.

Es gibt laut Aussage des Sachverständigen aktuell keine offensichtlich freihängenden oder ungeicherten Stromkabel mehr. Insgesamt sind aus seiner Sicht die vorhandenen Mängel im brandschutzrechtlichen Bereich unter den oben genannten Voraussetzungen zu beheben. Konstruktive Mängel konnten nicht erkannt werden. Die Kosten für die Investitionen sind überschaubar, und die Menschen dort haben ihre Bereitschaft erklärt, auch mitzuarbeiten.

So ist die Situation. Das wollte ich Ihnen vor der aktuellen Stunde mitteilen, damit Sie alle auch die Situation kennen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe eine Rednerliste. Als Erster hat Herr Struwe das Wort.

Rafael Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und daheim! Vorab sei mir die Anmerkung erlaubt: Unsere Geschäftsordnung sieht in § 16 Abs. 4 vor, dass die Oberbürgermeisterin vor der Abstimmung - somit nach

**61. Sitzung vom 29. Juni 2020****Seite 3**

den Redebeiträgen - eine Stellungnahme abgeben darf. Aber das möchte ich jetzt nicht weiter thematisieren.

Es lohnt sich, sich noch einmal kurz die Historie dieses Objektes in der Marktstraße anzusehen. Das ist ein Gewerbeobjekt auf dem sogenannten Aurelis-Gelände. Ich meine, es wurde bereits vor acht Jahren von der Stadt erworben und stand seitdem leer. Es hatte scheinbar niemand auf dem Schirm, und es war wohl auch offen. Dann begab es sich, dass es im März von einer Gruppe von Obdachlosen besetzt wurde.

Man rufe sich in Erinnerung: Wir hatten damals die beginnende Hochphase der Corona-Pandemie. Abstand halten war das entscheidende Gebot der Stunde. Da gab es einfach einige Menschen, die festgestellt haben: Das geht in diesen Notschlafstellen der Stadt nur sehr begrenzt. Es war dann zunächst eine Räumung geplant, die mit einem Schwarzsimmelbefall begründet wurde, der sich dann allerdings als nicht zutreffend herausstellte, sodass die Bewohnerinnen und Bewohner vorerst bleiben konnten. Es wurde eine Duldung ausgesprochen.

Es hat sich dann dort in relativ kurzer Zeit ein, wie ich finde, sehr beeindruckendes Projekt entwickelt; denn die Leute haben gesagt: Wir wollen nicht einfach nur dort wohnen und ein Dach über dem Kopf haben, sondern wir wollen dort eigentlich Hilfe zur Selbsthilfe betreiben. Sie haben dieses Objekt auch mit wirklich toller Unterstützung aus der Zivilgesellschaft und aus der Nachbarschaft in ganz fantastischer Art und Weise hergerichtet und dort wirklich etwas Tolles aufgebaut. Gleichzeitig stand natürlich die ganze Zeit dieser Abriss im Raum.

Es gab dann einerseits Kontakte zur Sozialverwaltung, wo auch gutes Vertrauen aufgebaut wurde. Zugleich hat die Liegenschaftsverwaltung weiterhin den Abrisstermin favorisiert. Im Nachhinein hat man das Gefühl, dass die Verwaltung da offensichtlich intern nicht miteinander, sondern eher gegeneinander gearbeitet hat. Denn am 24.06.2020 wurde plötzlich bekannt, dass am Folgetag eine Räumung stattfinden sollte - ironischerweise war das derselbe Tag, an dem unser OB-Kandidat Andreas Kossiski vor Ort war -, und plötzlich hatte man das Gefühl, dass die ganzen guten Gespräche, die man geführt hatte - ich sage es mal salopp -, für die Tonne waren. Denn zuvor war kommuniziert worden, bis zum 31.07.2020

könnte eine Nutzung noch bestehen. Die Leute fühlten sich wirklich völlig vor den Kopf gestoßen, waren enttäuscht, verärgert, verängstigt und sahen sich mit dieser Situation konfrontiert.

Meine Damen und Herren, das, was dort passiert ist, ist aus meiner Sicht bzw. aus unserer Sicht symptomatisch für vieles, was in dieser Stadt aktuell nicht richtig läuft. In der Verwaltung weiß offenbar die rechte Hand nicht, was die linke tut. Eine einheitliche Linie ist nicht erkennbar. Die Pandemie ist noch nicht richtig überstanden, da sollen die Leute plötzlich auf die Straße gesetzt werden. Es sollten offensichtlich kurzfristig Fakten geschaffen werden. Das war gerade in dieser Situation, glaube ich, für viele noch einmal so eine Politik, die einen gewissen kalten Hauch des Law and Order erahnen ließ.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen doch, dass wir ein großes Problem mit Wohnraum in dieser Stadt haben, mit bezahlbarem Wohnraum und gerade auch mit Wohnraum für die Schwächsten der Schwachen in unserer Gesellschaft, die sich hier einquartiert und wirklich etwas aufgebaut hatten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, „wohnen“ heißt eben nicht nur, ein Dach über dem Kopf zu haben, sondern „wohnen“ heißt auch, sich seinen Lebensraum gestalten zu können. Das haben diese Menschen dort getan. Das ist für uns auch ein Ausdruck der Menschenwürde, dies tun zu können.

Umso erschreckender war dann zu sehen, dass man augenscheinlich, statt dies zu fördern und zu unterstützen, dort drei Hundertschaften der Polizei aufmarschieren ließ. Wer die Bilder gesehen hat: Martialisch ist vielleicht übertrieben, aber das war schon ein krasses Bild, und es sollte doch, ehrlich gesagt, allen klar sein, dass Polizeibeamte Besseres zu tun haben sollten, um hier die innere Sicherheit zu gewährleisten.

Wir haben uns das auch vor Ort angeschaut. Anders, als es dann die daraufhin veröffentlichte Pressemitteilung der Stadt weismachen wollte, handelt es sich bei den Bewohnern auch nicht um fragwürdige Chaoten, sondern um Menschen, die einfach froh sind, in diesem ganzen Wahnsinn einen Platz gefunden zu haben.



Proteste vor Ort und der Druck aus der Zivilgesellschaft und zum Teil auch aus dem politischen Raum haben dann im Endeffekt diese Räumung dankenswerterweise verhindert und augenscheinlich auch zu einem kurzfristigen Umdenken der Oberbürgermeisterin geführt. Das ist begrüßenswert, aber es hätte doch eigentlich gar nicht so weit kommen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Es war - das haben die Bewohnerinnen und Bewohner auch immer gesagt - von vornherein klar: Das ist keine auf ewig angelegte Geschichte dort, sondern es geht darum, a) diese Bleibe zu haben und b) eine Perspektive zu bekommen, dass man dieses Projekt einfach fortführen kann. Ich meine nach wie vor, es ist ein Projekt, was doch in unser aller Sinne sein sollte.

Meine Damen und Herren, die Geschehnisse der letzten Wochen an dieser Stelle sind leider ein Zeichen von völlig verfehlter Politik der Stadtspitze. Das Vertrauen, das auch vor Ort da war, ist wirklich nachhaltig zerstört worden. Das ganze Hin und Her hat etwas von einem absurden Theater. Das sind die Chaostage von Köln - in diesem Fall verursacht durch die Verwaltungsspitze.

(Beifall bei der SPD)

Nur, damit kein falscher Verdacht aufkommt: Natürlich steht das Projekt Parkstadt Süd überhaupt nicht zur Disposition. Ganz im Gegenteil. Ich glaube, alle hier stehen mit Nachdruck dahinter. Wir müssen uns aber doch klarmachen, dass ein zumindest kurzfristiger weiterer Verbleib in diesem Haus dem Parkstadt-Süd-Projekt überhaupt keine Gefahr drohen lässt. Jetzt einmal unter uns: Dieses Abrissdatum 03.08.2020, welches jetzt im Raum steht, ist gesetzt worden, ohne dass dahinter irgendeine zwingende Notwendigkeit steht. Insofern müssen wir uns, glaube ich, an der Stelle auch wirklich Flexibilität bewahren.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt die Chance, diesen Fehler oder diese Zahl von Fehlern, wie man sagen muss, die geschehen sind, wiedergutzumachen. Die Bewohnerinnen und Bewohner brauchen jetzt die Sicherheit, dass vorerst kein Abriss stattfindet, denn sie leben seit diesem gescheiterten Versuch vor einigen Tagen wirklich in Angst und Schrecken und wollen jetzt einfach die Sicherheit haben, dass sie zumindest bis zu

einem feststehenden Datum dort ungestört bleiben können.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen - das sollten auch wir wollen - die Option und Gelegenheit schaffen, dass wir hier wirklich adäquaten Ersatzraum bzw. ein adäquates Ersatzgebäude finden, in dem dieses wirklich fantastische Projekt fortgeführt werden kann. Meine Damen und Herren, wie ich schon sagte: Das ist nicht nur sinnvoll für die Bewohnerinnen und Bewohner, sondern das ist auch sinnvoll für uns. Eine Unterbringungsverpflichtung gegenüber diesen Menschen haben wir zum Glück sowieso. Wenn wir uns einmal anschauen, was ansonsten bestimmte Unterkünfte kosten - ich erinnere nur daran, wie viel Geld in der Flüchtlingskrise für Hotels ausgegeben wurde -, da ist es doch nur sinnvoll und pragmatisch, hier für einen guten Ersatz zu sorgen.

Wir haben eben die Auskunft bekommen: Der Brandschutz kann doch hergestellt werden. Das lässt ein bisschen die Frage aufkommen, warum dann in dieser Verfügung von vor einigen Tagen noch ausführlich erklärt wurde, dass das auf keinen Fall geht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Rafael Struwe (SPD): Vielen Dank für den Hinweis, Frau Oberbürgermeisterin. Ich komme auch zum Ende.

Alles in allem ist das kein Ruhmesblatt, was hier, Frau Reker, unter Ihrer Führung passiert ist. Wir sind allerdings froh, dass am Ende doch eine konstruktive Lösung gefunden wurde, und sind sehr zuversichtlich, dass wir hier auch gleich mit Verabschiedung der Resolution eine klare Position für die Bewohnerinnen und Bewohner haben: keine Räumung bis zum Abriss und nachdrückliche Suche nach einem Ersatzobjekt.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich auch im Namen der SPD-Fraktion unseren Dank und auch den Respekt an die Bewohnerinnen und Bewohner ausdrücken für das, was sie dort auf die Beine gestellt haben, sowie an die zahllosen Unterstützerinnen

und Unterstützer aus der Zivilgesellschaft, die alle dazu beigetragen haben, dass wir am Ende hoffentlich doch noch zu einer guten Lösung kommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Petelkau das Wort.

Meine Damen und Herren, unsere Geschäftsordnung sieht als Redezeit fünf Minuten vor. Herr Struwe hat jetzt neun Minuten gesprochen. Ich würde jetzt jedem weiteren Redner auch zubilligen, eine solche Redezeit zu beanspruchen, wenn es sein muss.

Bernd Petelkau (CDU): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass wir die neun Minuten nicht brauchen werden, wobei ich schon gern einmal einige Minuten investieren würde und nach dieser Wahlkampfede meines Vorredners gern einige Fakten zurechtrücken würde.

Das Erste, das, glaube ich, hier im Hause unbestritten ist, ist zunächst einmal die Tatsache, dass es bisher in diesem Gebäude erhebliche Sicherheitsmängel gibt und es die Verantwortung der Verwaltung und auch der obersten Verwaltungschefin ist, für Sicherheit in diesem Gebäude zu sorgen. Es ist, glaube ich, auch zwischen den Parteien unbestritten, dass das so ist.

Der zweite Punkt - da gibt es offensichtlich Differenzen - lautet: Wenn man die Politik der letzten Jahre betrachtet, dann weiß man, dass in Köln das erklärte Ziel sowohl der haushaltsbündnistragenden Parteien als auch der Stadtverwaltung und der Landesregierung ist, Obdachlosigkeit zu vermeiden und auch zu reduzieren. In diesem Fall ist es gar nicht dazu gekommen oder ist es auch nie beabsichtigt gewesen, Menschen aus einem Haus zu vertreiben und danach ohne Schutz in der Stadt zurückzulassen. Das ist nicht das Ziel unserer Verwaltung, sondern es war immer das Ziel, eine adäquate Unterbringung für die Menschen, die in diesem Haus leben, entsprechend zu besorgen.

(Beifall bei der CDU)

Man muss hier, auch wenn wir Wahlkampfzeiten haben, bei den Fakten bleiben. Es ist also ein erklärtes Ziel nicht nur des haushalttragenden Bündnisses, sondern auch, glaube ich, überparteilich aller Parteien hier im Kölner Stadtrat, dass wir Obdachlosigkeit, die teilweise noch vorhanden ist, reduzieren wollen und auf jeden Fall verhindern wollen, dass weitere Menschen in die Obdachlosigkeit geraten.

Das Dritte ist etwas, was natürlich auch betrachtet werden muss, und zwar gerade bei einem solch speziellen Projekt. Es gibt einen Oberbürgermeisterkandidaten, der am Montag verspricht, 10 000 neue Wohnungen pro Jahr bauen zu lassen, und zwei Tage später ein Projekt möglichst noch anhält. Das gehört auch zur Wahrheit und zur Realität dazu.

(Beifall bei der CDU - Christian Joisten [SPD]:
Das ist doch Unsinn!)

Das muss man an der Stelle auch mal festhalten. Ich habe mich gefreut, dass alle Parteien zumindest bisher noch erklärt haben, dass das Projekt Parkstadt Süd, das einen wertvollen Beitrag in den nächsten Jahren dafür leisten soll, neuen Wohnraum im Kölner Süden zu schaffen, planmäßig umgesetzt wird.

Hinter dem Lösungsvorschlag, den die Oberbürgermeisterin eben präsentiert hat, können wir uns als CDU ganz klar versammeln, nämlich jetzt in einer Übergangsphase den Menschen ein Zusammenleben in dem Gebäude zu ermöglichen, und zwar mit den notwendigen Ertüchtigungen im Brandschutz. Dazu gehört auch - da schaue ich zum Sozialdezernenten -, hinterher dafür zu sorgen, dass die Menschen, die jetzt in dem Gebäude sind, diesen Brandschutz auch einhalten; denn es ist wichtig, dass Fluchtwege offen bleiben. Das sollte auch künftig sichergestellt sein.

Dann sollten wir die Zeit nutzen, eine vernünftige Unterbringung zukünftig für die Menschen zu finden, damit auch die gemeinsame Unterkunft in Zukunft fortgesetzt werden kann, damit wir, wenn die dritte Stufe kommt - egal, ob im August oder September - dann in den Bereich der Entwicklung des neuen Wohnraums in der Parkstadt Süd einsteigen können. Ich glaube, wenn wir das alles hinbekommen, dann haben wir hier alles richtig gemacht.



Ich glaube, wenn wir keinen Wahlkampf gehabt hätten, wäre das Ganze auch im Vorfeld sicherlich nicht mit der medialen Begleitung gelaufen. Wir haben hier ein gutes Ergebnis für alle Menschen, und das muss unser Ziel für Köln sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Marktstraße beschäftigt uns Grüne schon seit einigen Monaten. Herr Kockerbeck von den LINKEN und ich waren bereits im März, als damals der erste Räumungstermin anstand, in der Marktstraße und haben uns zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern und der Verwaltung um Vermittlung bemüht. Wir haben uns für eine Lösung der Wohnungsproblematik eingesetzt - nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie. Eine Räumung hätte den Schutz der obdachlosen Menschen gefährdet und das Risiko möglicher neuer Infektionsherde bedeutet.

Der Räumungstermin wurde damals auf Anordnung von Stadtdirektor Keller ausgesetzt und im Beisein von Herrn Kockerbeck und mir vom Beigeordneten Herrn Rau am 31.03.2020 den Bewohnerinnen und Bewohnern und etlichen Unterstützerinnen und Unterstützern kommuniziert. Die Verwaltung hat sich in den Wochen bis heute vorbildlich um das Haus gekümmert und so Vertrauen aufgebaut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Wir haben bei allen Diskussionen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern über zukünftige Lebensmodelle die Beschlusslage zur Parkstadt Süd dargestellt und damit klar vermittelt, dass das Wohnprojekt keine Zukunft an dieser Stelle haben wird. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ausdrücklich sagen: Lebensmodelle dieser Art müssen auch ihren Platz in unserer Stadt haben, vor allem, wenn damit Obdachlosigkeit vermieden wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Dabei müssen wir alle helfen. Das aufgebaute Vertrauen der Bewohner in die Stadtverwaltung hat natürlich durch die zweite Räumungsandrohung vom 25.06.2020 deutlich bei den Bewohnerinnen und Bewohnern und der Unterstützergemeinde gelitten. Ich bin deshalb froh, dass der sonntägliche Besuch der Oberbürgermeisterin und die heutige Begehung in der Marktstraße eine deutliche Befriedung der Lage ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, nachdem gerade diese Schelte in Richtung Verwaltung und Oberbürgermeisterin gekommen ist, möchte ich doch noch einmal auf etwas hinweisen: Der Antrag der SPD gibt den Verlauf der Ereignisse erst einmal richtig wieder. Im weiteren Verlauf sind wir dann aber mit platten Sprüchen im Wahlkampf. Darauf will ich gar nicht eingehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Viel interessanter ist der Satz im letzten Abschnitt - ich zitiere -:

Im Rat müssen wir uns deshalb einerseits mit dem aktuellen Räumungsversuch der Marktstraße 10 beschäftigen

- so weit, so gut; aber jetzt kommt es -

und jetzt schnell und eindeutig klarstellen, dass es in Köln keine Räumungen geben wird, ohne dass adäquate Wohnversorgungsangebote gemacht werden.

Na, das nenne ich weitreichend. Ich freue mich, dass die SPD jetzt Selbsthilfe bzw. Besetzungen legal findet. Liebe Kollegen der SPD, nach meinen Erfahrungen mit der Stollwerckbesetzung im Jahr 1980 -

(Christian Joisten [SPD]: Wenn man so weit zurückgehen muss!)

- und der Haltung der SPD im Zusammenhang mit dem Autonomen Zentrum in Kalk - es gibt da so eine Linie - hätte ich mir einen so liberalen Umgang mit Hausbesetzungen nicht vorstellen können. Ach, was rede ich denn hier? - Ich werte den Satz als indirekte Ermunterung zu Hausbesetzungen und ihre Duldung in Zeiten des Mangels an bezahlbarem Wohnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Übrigens gab es den Mangel schon zu Herterich-Zeiten in den 80er-Jahren. Damals war Frau Reker noch nicht OB und die schwarz-grüne Kooperation noch undenkbar.

(Christian Joisten [SPD]: Und wir noch nicht geboren!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend stelle ich fest: Noch haben wir eine Corona-Pandemie. Wir Grünen halten eine Räumung vor dem Beginn der Abbrucharbeiten daher für falsch. Wir plädieren für die Suche nach einem Alternativangebot, um die Lebensgemeinschaft unterzubringen und vor Obdachlosigkeit zu schützen. Die Anstrengungen gegen Obdachlosigkeit in Köln werden so von der Grünen-Ratsfraktion in Kooperation mit dem Haushaltsbündnis konsequent fortgeschrieben. Ich bin froh, dass wir den gemeinsamen Beschluss zusammen fassen können. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, mit den fünf Minuten auszukommen. Ich habe deshalb mein Handy dabei.

Meine Fraktion sieht heute mit Ansätzen von berechtigter Hoffnung für die Situation der 30 Mitbürgerinnen und Mitbürger des Selbsthilfeprojektes „Obdachlose mit Zukunft“ in die Zukunft. Die nächsten Wochen werden aber zeigen, ob diese Hoffnung berechtigt war. Das ist noch nicht in trockenen Tüchern.

Noch am Morgen des vergangenen Donnerstags waren 300 Polizistinnen und Polizisten zum Südstadion in die Nähe des Hauses befohlen worden, um sich dort für die Zwangsräumung von 30 Menschen im Haus zu sammeln. Die Rückkehr zu einem Leben auf der Straße wäre für die meisten von ihnen die Folge gewesen; denn in Gemeinschaftsunterkünften der Stadt wollen sie nicht mehr. Marion Heuser hat es erwähnt: Wir waren beide mehrmals in diesem Haus. Wir wissen, wie eine Reihe der Menschen denkt.

Auch wenn die Stadt aus eigenen Mitteln ohne jede Unterstützung von Land und Bund in der Vorgebirgstraße eine Unterkunft für osteuropäische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter eingerichtet hat, ist diese während der Corona-Krise einfach nicht geeignet. In den engen 4-Bett-Zimmern ohne die Möglichkeit, physische Distanz zu halten, wollen die Menschen dort im Haus in der Bonner Straße nicht wohnen. Sie wären lieber auf die Straße gegangen. Deshalb war dieser Räumungsversuch auch für viele Unterstützerinnen und Unterstützer des Hauses aus der Zivilgesellschaft ein Anlass, sich am Morgen des Räumungsversuches vor dem Haus mit den Menschen im Haus zu solidarisieren.

Es ist geschildert worden: Es handelt sich um ein, wie ich finde, recht einmaliges Selbsthilfeprojekt. Die Menschen haben sich dort gemeinschaftlich organisiert.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Es gibt viele von ihnen, die arbeiten, oder andere, die Arbeit suchen. Sie sind in dieser typischen Schleife: kein angemeldeter Wohnsitz - keine Wohnung; keine Wohnung - kein Arbeitsplatz usw. Sie hofften in den vergangenen Monaten auf eine Duldung durch die Stadt, damit sie Zeit haben, Arbeit zu finden, um für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Ich kenne einen Mann - ich nenne ihn B -, er ist nicht mehr ganz jung, aber immer noch deutlich jünger als ich. Er steht seit einiger Zeit jeden Morgen um 4 Uhr auf, um mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Lager einer Supermarktkette zu fahren. Er hatte gute Chancen, dort einen festen Vertrag zu erhalten. Das ist sein unbedingtes Ziel. Seit Donnerstagmorgen bangt er um seinen Arbeitsplatz; denn unter der Drohung der Räumung hat er abrupt am Vorabend Urlaub beantragt, musste den Grund dafür nennen - sein Arbeitsplatz hängt gerade am seidenen Faden. Ich wünsche ihm von hier aus alles Gute, dass seine Träume von einer festen Arbeit und sicherem guten Wohnraum in Erfüllung gehen.

(Beifall)

Die versuchte Räumung des vergangenen Donnerstags hat bei den betroffenen Menschen deutliche Spuren hinterlassen. Deshalb ist zu fragen: Wieso musste es nach der ersten Räumungsan-



drohung Ende März nun einen weiteren Räumungsversuch geben, bei dem drei Hundertschaften Polizei in Stellung gebracht wurden? Nur der Selbsterhaltungswille des Hauses und die Unterstützung durch Teile der Zivilgesellschaft hat die Räumung verhindert; denn die städtische Pressemeldung gab deutlich als Aussetzen der Räumung an, dass eine Eskalation im Prozess der Räumung befürchtet wurde. Dazu muss man sagen: Wir sind alle unter Wahlkampfbedingungen. Ich glaube, man kann das ganze Geschehen nicht ohne diese Bedingungen erklären, aber davon ist keine Seite frei. Wir müssen hier im Rat schon auf diese kritischen Begleitumstände hinweisen. Dennoch freut sich meine Fraktion, dass wir heute einen Ansatz zu einer Lösung gefunden haben und dass auch die Frau Oberbürgermeisterin sich besonnen hat und den Willen hat, wenn der Rat dies heute beschließt, diesem Haus und diesem Selbsthilfeprojekt eine Zukunft zu geben.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Für meine Fraktion sind dabei einige Gesichtspunkte wichtig, die ich noch einmal nennen möchte: Die Selbstverwaltung sollte bei einem Alternativstandort eine wichtige Rolle spielen. Es wäre meines Wissens ein einzigartiges Projekt, wenn es solch ein städtisches Projekt gäbe. Allerdings sollte die Stadt dies auch weiter begleiten.

(Der vom Redner aktivierte Timer auf dessen Handy ist abgelaufen und läutet)

- Ja, ich schaffe es nicht ganz. Ich versuche noch, einen Abschluss zu finden.

Ich möchte hier auch die Sozialverwaltung für eine hervorragende Begleitung des Hauses in den letzten Monaten loben. Es wäre natürlich wichtig, dass weiterhin professionelle Begleitung damit verbunden ist.

Des Weiteren fehlt uns in der Resolution - wir werden ihr natürlich trotzdem zustimmen - die Erwähnung des Unterstützerinnen- und Unterstützerkreises. Dieser sollte weiter einbezogen werden.

Wir möchten auch, dass der Standort des Hauses selbst für Integration und für Inklusion steht. Er sollte nicht in einem Gewerbegebiet sein. Es sollte sich nicht um Container oder andere Gebäude handeln, sondern um ein Haus, in dem gemeinschaftliches Wohnen, Essen und Beraten möglich

ist. Möglicherweise hat die Stadt alte, nicht mehr verwendbare Grundschulgebäude, die in Veedel eingebunden sind, die aufgrund der baulichen Bestimmungen auch der Größe nicht als Schule verwendbar sind. Das wäre ein gutes Gebäude beispielsweise für ein solches Haus.

In diesem Sinne Ende ich damit: OMZ muss bleiben!

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer hat jetzt das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine folgenden Ausführungen unter drei Aspekte stellen. Der erste ist Transparenz, der zweite Sachlichkeit und der dritte Konsequenz.

Zunächst zum Punkt Transparenz: Diese möchte ich zunächst einmal ganz klar für meine Fraktion deutlich machen. Für uns gilt: Für Freie Demokraten sind Hausbesetzungen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Ich freue mich, dass ich auch ein wenig Beifall von der CDU dafür bekommen habe.

Den Kompromiss im März, als das Haus in der Marktstraße wegen Schimmelbefalls geräumt werden sollte, haben wir trotzdem akzeptiert. Aus humanitären Gründen waren wir einverstanden, dass die Bewohner in den besonderen Zeiten des Lockdowns in dem Haus bleiben sollten. Darüber hinaus haben wir darauf vertraut, dass die Verwaltung durch entsprechende Maßnahmen die Sicherheit vor Ort gewährleisten konnte. Aber allein bei der Diskussion um das Datum, wann die Unterbringung denn beendet sein sollte, fingen die Probleme schon an. Frau von Bülow schreibt in der Stellungnahme der Grünen-Fraktion:

Vor Beendigung der ...Pandemie halten wir eine Räumung des Gebäudes für falsch.

Ja, aber wann ist denn die Pandemie vorbei? Wenn wir einen Impfstoff haben? Wenn es in Köln keinen Infizierten mehr gibt? - Transparenz sieht anders aus.

Vom Unterstützerkreis Marktstraße wurde dann kommuniziert, die Verwaltung hätte zugesagt, die Besetzung des Hauses bis zum 31. Juli 2020 zu tolerieren. Dann wurden die Sicherheitsmängel in der Marktstraße aber offensichtlich so evident, dass die Verwaltung sich gezwungen sah, zu räumen. Wenn Gefahr in Verzug ist und die Sicherheit der Menschen vor Ort in Gefahr ist, muss geräumt werden. Dafür habe ich Verständnis. Schließlich trägt die Verwaltung die Haftung und die Verantwortung für das Haus. Es ist recht leicht, zu sagen, die Situation ist nicht kritisch, wenn man dafür nicht die Verantwortung trägt.

(Beifall bei der FDP)

Aber, Frau Oberbürgermeisterin, ich muss jetzt trotzdem einmal kritisch nachfragen: Sie haben uns eben dieses Gutachten vorgestellt, und da klang es so: Ach, es sind nur ein paar Sachen zu erledigen und zu ändern, dann ist es mit der Sicherheit wieder gewährleistet. Das hat mich jetzt nicht so überzeugt. Denn wenn die Sicherheit doch evident gefährdet ist, muss es doch ein bisschen mehr sein, als vielleicht einige Rauchmelder und einige Feuerlöscher anzubringen.

(Christian Joisten [SPD]: Genau so ist es!)

Dann würde ich doch gern einmal ansprechen: Wenn ich das nächste Mal von der Verwaltung höre, dass die Sicherheit evident gefährdet ist, dann frage ich mich doch nach dieser Erfahrung: Hm, wie sieht es denn wirklich vor Ort aus? Unter dem Stichwort „Transparenz“ wäre ich Ihnen dankbar, Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie hierzu gleich noch einmal Stellung nehmen könnten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das mache ich gern.

Katja Hoyer (FDP): Meine Damen und Herren, nun zu meinem zweiten Punkt Sachlichkeit: Die Räumung der Marktstraße ist die Konsequenz eines Ratsbeschlusses, den wir hier gemeinsam gefasst haben. Wer allerdings die öffentliche Dis-

kussion verfolgt hat, könnte meinen, die Verwaltung hätte willkürlich handelt. Hier wende ich mich insbesondere an meine Kolleginnen und Kollegen von den Grünen. Um in der Szene zu punkten, hat man mal eben vergessen, dass man im OB-Wahlkampf eigentlich zum Unterstützerkreis der Oberbürgermeisterin gehört.

(Beifall bei der FDP)

Das ging so weit, dass der grüne Politiker Rolf Stärk die OB aufforderte, unverzüglich ihr Amt niederzulegen, denn sie sei ohne Zweifel für die Räumung politisch verantwortlich und daher auch nicht mehr wählbar.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, bei solchen Unterstützern braucht es gar keine Opposition mehr.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ganz im Gegenteil, im Vergleich zu den Grünen waren SPD und LINKE geradezu zahm.

Ich komme zu meinem letzten Punkt, zur Konsequenz: Dieser Punkt ist letztlich auch dafür entscheidend, dass wir der vorgelegten Resolution nicht zustimmen können. Wir alle wissen, dass wir im Bereich der Wohnungslosen-Politik Verbesserungen benötigen. Deshalb haben die Freien Demokraten gemeinsam mit CDU, Grünen und der Ratsgruppe GUT sich im Haushalt für den Housing-First-Ansatz eingesetzt. Aber in der aktuellen Debatte kann man den Eindruck gewinnen, dass die bisherige Wohnungsversorgungspolitik und ihre Angebote generell gescheitert seien und den Obdachlosen auch nicht zuzumuten seien. Daher bin ich der SPD auch dankbar, dass sie in ihrem Antrag zur aktuellen Stunde schreibt, dass die Träger der Wohnungslosenhilfe gute Arbeit leisten und ihr Angebot in den vergangenen Jahren stetig ausgebaut haben. Ja, das stimmt.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, wenn wir von diesem Angebot aber überzeugt sind, warum ist es dann nicht möglich, diese Unterbringungsmöglichkeiten auch den Bewohnern und Bewohnerinnen der Marktstraße anzubieten? Die FDP widersetzt sich nicht einer humanitären Lösung für die Marktstraße und wünscht sich eine gute Unterbringung, aber eine gute Unterbringung ist auch in den städtischen Angeboten möglich. Die Verwaltung hat hier auch Vorschläge unterbreitet. Es

kann doch nicht sein, dass die Bewohner der Marktstraße nur deshalb in den Genuss des ersten Housing-First-Projektes in Köln kommen, weil sie ein Haus besetzt haben. Was ist denn dann die Konsequenz für all die anderen Wohnungslosen, die vielleicht auch gern in einem Housing-First-Projekt untergebracht werden würden? - Da wir aus Erfahrung wissen, dass die Umsetzung von Ratsbeschlüssen dauert, dürfte der schnellste Weg zum Erfolg eine Hausbesetzung sein.

(Beifall bei der LINKEN und der AfD - Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Eine Räumung hat man laut Resolutionstext nicht mehr zu fürchten. Sie wird nicht stattfinden. So steht es in der Resolution. Auch Unterbringungen in Einrichtungen der Stadt oder freier Träger kommen nicht mehr infrage, da sie nicht selbstverwaltet sind und dem Housing-First-Ansatz nicht entsprechen. Eine Konsequenz und eine Politik, die die FDP nicht teilt. Die Resolution ist eine herbe Kritik an der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung. Dieser Kritik schließen wir uns nicht in diesem Sinne an. Wir stimmen deshalb dagegen und wundern uns sehr, dass die CDU der Resolution zustimmt. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Hoyer, ich würde Ihnen gern direkt antworten und bin Ihnen geradezu dankbar, dass Sie mir die Gelegenheit geben, darauf zu antworten, nachdem Sie tatsächlich erst Transparenz darüber hergestellt haben, wie diese Entscheidung der zuständigen Beigeordneten zustande gekommen ist. Es liegt nämlich eine gutachterliche Stellungnahme aus Ende April vor. Ich kann das Datum jetzt nicht mehr sagen, aber aus Ende April. Aufgrund dieser gutachterlichen Stellungnahme ist dann eine Verfügung gefertigt worden. Und kein Oberbürgermeister und keine Oberbürgermeisterin dieser Welt hätte danach die Verantwortung dafür übernommen, dass dort noch Leute untergebracht werden.

(Bernd Petelkau [CDU]: Hört, hört!)

Das möchte ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt ist es so gewesen, dass mir auch Mitglieder dieses Rates - die können das hier bestätigen; unser Geburtstagskind nämlich - mitgeteilt haben, dass unter den Menschen dort Handwerker sind. Diese Handwerker haben zwei Monate Zeit gehabt - sie sind aufgrund Corona wahrscheinlich auch gar nicht so viel draußen gewesen -, das Haus herzurichten. Das Gutachten aus April spricht nämlich noch von vielen hängenden Stromkabeln und einigen anderen Mängeln, die heute nicht mehr festgestellt werden konnten.

Ich habe gestern extra einen Architekten dort hingeschickt, der in der Szene bekannt ist, auch akzeptiert wird und sich mit solchen Situationen auskennt. Der hat das heute gemeinsam mit einem Brandsachverständigen festgestellt. Ich denke, ich kann mich auf seine mündliche Auskunft verlassen. Ich werde das morgen auch noch einmal schriftlich bekommen. Deswegen habe ich heute nicht die absolute Sicherheit, aber eine ausreichende Sicherheit, um sagen zu können: Für einen Übergangszeitraum - genau das hat der Architekt auch festgestellt, das ist keine Dauerlösung, und das wissen die Menschen dort auch, das haben wir gestern besprochen - ist eine Unterbringung dort möglich.

Sie werden der Verwaltung die Zeit einräumen, eine alternative Unterbringung festzustellen, und das werden wir auch tun. Daher hat sich schlicht und ergreifend die Sachlage geändert. Der Architekt wurde auch heute dort hineingelassen; der wurde einfach akzeptiert.

Frau Bürgermeisterin, haben Sie eine Anmerkung?

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Nein!)

Gut.

Der wurde also akzeptiert und dort hineingelassen. Das gehört auch dazu, um das in Augenschein zu nehmen, und das ist bei Weitem nicht überall so.

Ich möchte mich hier ausdrücklich bei der Liegenschaftsdezernentin bedanken, dass sie auch nicht den Versuch einer Räumung unternommen hat. Das möchte ich noch einmal sagen. Sie hat nämlich sogar den Versuch abgebrochen - aus dem Grunde, weil sich dort viele Unterstützer versammelt habe und eine Eskalation, glaube ich, hätten wir alle nicht gern gesehen. Daher war das genau

die richtige Entscheidung. Wir sehen jetzt, wie es weitergehen wird. Die Situation hat sich jedenfalls verändert, und deswegen ist eine übergangsweise Unterbringung möglich.

Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es kommt zugegebenermaßen nicht häufig vor, dass ich mit Frau Heuser auf einer Linie bin, aber heute musste ich ihr Beifall für das zollen, was sie gesagt hat. Sie hat nämlich auf einen wichtigen Punkt im hinteren Teil der SPD-Resolution hingewiesen. Dieser hintere Punkt ist im Grunde genommen - das hat Frau Heuser vollkommen richtig erkannt - ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Hausbesetzerzene.

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das haben Sie falsch verstanden!)

Dort steht nämlich oder dort sagt die SPD: Wir mögen beschließen, dass es in Köln keine Räumungen geben wird, ohne dass ein adäquates Wohnungsversorgungsangebot gemacht werden kann. Das ist ja ein dehnbare Begriff. Frau Heuser hat das vollkommen richtig erkannt: Das ist ein fatales Signal, das hiervon ausgeht, nämlich nach dem Motto: Besetze ein Haus, und du kannst wohnen bleiben.

Noch schöner wäre es, Frau Heuser, wenn Sie die gedankliche Transferleistung aufbringen könnten

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann ich nicht!)

auf einen anderen Politikbereich,

(Marion Heuser [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich kann nicht so denken wie Sie!)

der ganz genauso gestrickt ist. Das ist nämlich die Flüchtlingsproblematik. Da ist nämlich das fatale Signal, das von Ihrer Partei ausgeht: Reise ohne Papiere nach Deutschland, und du kannst bleiben. Das ist exakt der gleiche Mechanismus, mit dem wir es hier zu tun haben.

Insofern kann ich nur sagen: Es ist vollkommen richtig, dass wir dem Antrag der SPD hier nicht zustimmen. Wir werden uns, meine Damen und Herren, die zweite Hafensstraße hier in Deutschland als Laus in den Pelz setzen.

Noch ein Letztes: Ich prophezeie Ihnen - wir werden uns vermutlich im nächsten Rat wiedersehen -, wir werden, wenn das Projekt Parkstadt Süd kommt, hier einen Antrag von den Grünen oder von der SPD oder von den LINKEN bekommen, es möge doch das Biotop „selbstbesetztes Wohnen“ dort erhalten bleiben, die Menschen hätten sich jetzt kennengelernt, schätzen gelernt, die Wohnlage schätzen gelernt, man möge doch hier ein Sonderbiotop vorsehen in der Parkstadt Süd. Dieses Thema - das prophezeie ich Ihnen - werden wir hier haben.

Ich sage: Wehret den Anfängen. Keine Zustimmung zu dem Antrag. Der Rechtsstaat muss hier erkennbar bleiben, muss hier Linie zeigen. Wir dürfen diese fatalen Signale nicht aussenden. Sonst besetzt hier demnächst jeder und jede ein Haus, das ihm oder ihr genehm erscheint. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Von unserer Ratsgruppe GUT nur herzlichen Dank an die Autoren der Resolution, der wir gleich selbstverständlich gern zustimmen werden.

Herzlichen Dank auch an die ganzen Unterstützerinnen und Unterstützer, die morgens halb sechs, glaube ich, herausgekommen sind, um die Räumung mit verhindern zu helfen. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, die Resolution liegt mir vor, aber Ihnen nicht, wie ich gerade höre. Elektronisch liegt sie Ihnen vor, aber ich würde sie jetzt noch einmal vorlesen, damit wir alle wissen, worauf wir uns einigen können, falls es nicht alle nachvollziehen können. Einverstanden?

(Zuruf: Ja!)

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich dafür aus, auf eine Räumung des besetzten Abbruchhauses an der Marktstr. 10



(Bonner Str. 120) bis zum Beginn der Abbrucharbeiten zu verzichten. Zwischenzeitlich soll das im Eigentum der Stadt befindliche Haus den Hausbesetzer*innen für ihr Selbsthilfeprojekt „Obdachlose mit Zukunft“ zur Verfügung gestellt werden.

2. Die Begleitung des Projekts durch die Verwaltung wird fortgesetzt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, den derzeit dort lebenden Menschen bis zum endgültigen Abbruchtermin des Gebäudes Marktstr. 10 (Bonner Str. 120) Alternativen, ggf. auch als Interim, zeitnah zur Verfügung zu stellen. Die angebotenen Alternativen müssen geeignet dafür sein, dass die Bewohner*innen ihr selbstverwaltetes Wohnprojekt fortführen und weiter zusammenleben können.

Das ist die mir vorliegende Resolution. Gezeichnet von dem Fraktionsgeschäftsführer der SPD-Fraktion - hier steht noch „Geschäftsführerin“ -, von dem Fraktionsgeschäftsführer der CDU-Fraktion, der Grünen, der LINKEN, Ratsgruppe GUT, Thor Zimmermann, und Frau Gerlach. Ist das zutreffend? Was ist mit Herrn Wortmann? - Das weiß keiner.

Herr Wortmann, machen Sie mit?

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln]: Nein!)

Dann schlage ich zum Abschluss der aktuellen Stunde vor, nach § 5 Abs. 10 der Geschäftsordnung die Resolution zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu überweisen, und möchte Sie noch einmal darauf hinweisen, dass die Verwaltung die Resolution als Anlage zur aktuellen Stunde zur Kenntnis nimmt und als Positionierung des Rates versteht - das gilt insbesondere für Punkt 3 -; denn, wie Sie wissen, können im Rahmen der aktuellen Stunde keine konkreten Aufträge an die Verwaltung beschlossen werden.

Das ist jetzt der Inhalt der Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die FDP-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Ich rufe jetzt auf:

1 Vergleichsvorschlag zu den Folgen des Stadtarchivsturzes 1887/2020

**Resolution der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP und von RM Gerlach betreffend „Resolution zum Vergleichsvorschlag zu den Folgen des Stadtarchivsturzes“
AN/0867/2020**

Als Erster hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute treffen sich Vergangenheit und Zukunft in diesem Saal, und zwar in einer ganz besonderen Konstellation. Mit dem juristischen Vergleich, über den wir hier heute zu befinden haben, versorgen wir endlich die seit elf Jahren klaffende Wunde in der Mitte unserer Stadt. Der Heilungsprozess kann damit beginnen und gleichzeitig auch die Vollendung eines der wichtigsten Verkehrsprojekte der vergangenen Jahrzehnte.

Allerdings ist dies kein Grund zum Feiern. Der Einsturz des Kölner Stadtarchivs hat Menschenleben gekostet, und ein Beschluss zu einem juristischen Vergleich kann niemals das Leid beenden, das diese Tode über die Hinterbliebenen gebracht haben. Menschenleben können mit Geld nicht beziffert oder aufgewogen werden. Sie fehlen in ihrer Einzigartigkeit und sind für Freunde und Familie nicht ersetzbar. Wir haben es also mit zwei Wunden zu tun, über die wir heute sprechen müssen. Zum einen die Wunden der Hinterbliebenen, die wir mit politischen Mitteln nicht heilen können und die sich ohnehin nie ganz schließen lassen, und zum anderen die tiefe Wunde unserer Stadt, die bis heute schmerzt und uns nachhaltig einen Teil unserer Leichtigkeit gekostet hat. Denn zusammen mit unserem Stadtarchiv, einem Teil der benachbarten Gebäude und mit den beiden Todesopfern Kevin K. und Khalil G. ist auch eine Grundannahme unserer Kölschen Mentalität unwiederbringlich in diesem Loch verschwunden: „Et hätt noch immer jot jejeange“ ist in sich zusammengefallen. Hier ist eben nicht mehr alles jot jejeange, sondern es hat Tod und Zerstörung in unsere Stadt gebracht. Genau deshalb ist diese heutige Entscheidung so schwierig.



Wir wollen über einen juristischen Vergleich mit vielen großen Zahlen beschließen, die den Wert dessen, was war, bzw. dessen, was wiederherzustellen ist, abbilden sollen. Es geht aber nicht einfach nur darum, ob 600 Millionen Euro genug sind für diese beispiellose Verletzung der Kölischen Seele, für die Zerstörung eines der bedeutendsten europäischen Kommunalarchive und dessen Wiederaufbau, was mindestens 30 Jahre dauern wird, für die Jahrzehnte währende Verzögerung eines zu seiner Zeit größten städtebaulichen Projekts Deutschlands, nämlich der Fertigstellung der Nord-Süd-Stadtbahn. Es geht auch um Verantwortung für all dies und die zentrale Frage, wer für diese Katastrophe geradesteht.

Indem sich die ARGE der beteiligten Bauunternehmen im Rahmen des Vergleichs bereit erklärt hat, 80 Prozent der entstehenden Kosten zu übernehmen, übernimmt sie damit auch die Verantwortung für den Archiveinsturz. Das ist gut so. Ich hoffe, dass dies eine wichtige Botschaft für die Menschen ist, die davon betroffen sind und auch in dieser Stadt leben, genauso wie für alle Kölnerinnen und Kölner. Denn ich weiß aus meiner Zeit im Rettungsdienst, wie wichtig die Frage nach Verantwortung für die Bewältigung traumatischer Erlebnisse ist. Hoffen wir, dass dies auch in diesem Fall gelingt.

Gleichzeitig wird aber mit den restlichen 20 Prozent auch zum Ausdruck gebracht, dass Stadt und KVB eine Mitverantwortung tragen - genauso, wie es die Strafprozesse bereits gezeigt haben. Ob in diesen allerdings tatsächlich die richtigen Verantwortlichen verurteilt wurden, ist gerade Gegenstand höchst richtiger Klärung. Zweifel sind dabei in jedem Fall angebracht.

Meine Damen und Herren, um all diese emotionalen, juristischen, finanzmathematischen oder auch verkehrlichen Aspekte ausreichend beleuchten und gewichten zu können, sind sieben Tage deutlich zu kurz. Deshalb möchte ich im Namen der SPD-Fraktion die Festlegung auf den 30.06.2020 und das damit einhergehende Verfahren unter zeitlichen Aspekten deutlich kritisieren. Für einen ehrenamtlich arbeitenden Rat ist ein solches Verfahren zu Beginn einer Sommerpause kaum seriös darstellbar; von der fehlenden Möglichkeit zum Dialog mit den Menschen dieser Stadt mal ganz abgesehen.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch haben wir uns auf den Weg gemacht, um trotz Zeitdruck zu einer ausgewogenen und an den langfristigen Interessen der Bürgerinnen und Bürgern ausgerichteten Entscheidung zu kommen. Dabei waren für uns als SPD-Fraktion für eine Zustimmung zu diesem Vergleich folgende Punkte maßgeblich:

Erstens. Den Versuch, das juristische Verfahren, welches sicherlich noch ein weiteres Jahrzehnt in Anspruch nehmen würde, durch einen Vergleichsbeschluss vorzeitig zu beenden, halten wir grundsätzlich für unterstützenswert, zumal die Prozessrisiken bei einem Verfahren, das Rechtsgeschichte schreiben würde, als sehr hoch eingestuft werden müssen und zudem der Fortbestand der beteiligten Unternehmen über die lange Prozesslaufzeit nicht sichergestellt ist.

Zweitens ist von besonderem Gewicht für uns als SPD-Fraktion die Aussicht auf einen zügigen Weiterbau am Waidmarkt und dies auf Kosten und in Verantwortung der ARGE. Somit besteht keine Möglichkeit durch Bauverzögerung und entsprechende Nachträge, uns als Stadt noch einmal zur Kasse zu bitten.

Drittens. Gleichzeitig - das ist uns besonders wichtig - werden die Interessen und Forderungen der KVB in dem Vergleich mitberücksichtigt, und die KVB wird von allen weiteren Forderungen freigestellt. Damit kann sich die KVB vollumfänglich auf ihre Rolle als Bauherrin konzentrieren und den dann hoffentlich deutlich beschleunigten Baufortschritt überwachen.

Die SPD-Fraktion jedenfalls wird sich im Lichte dieser genannten Kriterien der hier vorliegenden Vergleichslösung nicht verweigern und somit der Beschlussvorlage zustimmen.

Ich möchte allen, die in den vergangenen elf Jahren an diesem Verfahren beteiligt waren und vom akuten Rettungsgeschehen bis zu den Vergleichsverhandlungen sich um die Versorgung dieser Wunde gekümmert haben, an dieser Stelle ganz herzlich danken. Jede und jeder Einzelne - egal, ob als Feuerwehrfrau oder als Stadtdirektor; es waren mehrere an diesem Verfahren in den letzten Jahren beteiligt - haben in den verschiedenen Phasen einen Beitrag dazu geleistet, damit das Herz unserer Stadt weiterschlagen kann. Dafür ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe anfangs von zwei Wunden gesprochen. Als Rat der Stadt Köln liegt es nicht in unserer Macht, die Wunden der Trauer zu schließen. Wir können aber alles in unserer Macht Stehende tun, um die Wunden unserer Stadt zu heilen. Ich hoffe ganz besonders für die Hinterbliebenen, dass uns das mit dem heutigen Tag gelingt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sage einmal so: Ich möchte mich zunächst einmal dem Dank des Vorredners anschließen. Es ist nicht nur am Unglückstag selbst Übermenschliches geleistet worden, sondern es ist auch in den letzten Jahren durch alle Beteiligte ein wertvoller Beitrag geleistet worden, um wirklich diese Zäsur bzw. dieses schreckliche Ereignis, das vor elf Jahren passiert ist, endlich aufzuarbeiten und am Ende auch zu einer Lösung zu kommen, die diesen Schmerz lindert und auch dabei hilft, in Stücken wieder zur Normalität zurückzukehren.

Ich sage es einmal so: Zu diesem Ereignis gibt es zwei Dimensionen. Das eine ist die strafrechtliche Seite, die auch sehr intensiv beleuchtet worden ist. Man kann sicherlich sehr stark interpretieren, ob wirklich diejenigen, die verantwortlich waren, hier entsprechend zur Rechenschaft gezogen wurden oder nicht. Eine oberste Klärung ist zurzeit noch unterwegs.

Wir befassen uns heute mit der zivilrechtlichen Seite. Da ist es gut, dass wir hier kein weiteres langes Verfahren haben, bei dem wir über einen sehr, sehr langen Zeitraum weiter darüber diskutieren, wer zivilrechtlich hier die Verantwortung für diese Katastrophe übernimmt. Wenn man sich den ausgehandelten Entwurf des Vergleichs anschaut, so muss man sagen, dass sich die ARGE und die beteiligten Versicherungen von der Ausgangsbasis deutlich bewegt haben hin zu einer angemessenen Lösung.

Wenn man das Ergebnis mit dem vergleicht, was vielleicht bei einer Weiterführung des Prozesses herauskommt, so muss man feststellen, dass man hier von dem optimalen Ergebnis am Ende eines Prozesses gar nicht mehr so weit entfernt ist.

Was würde dem entgegenstehen, wenn wir den Prozess weiterführen würden? - Das wären sicherlich noch einmal vier oder fünf Jahre weitere Beweiserhebung und damit auch vier oder fünf Jahre Verzicht auf diese wichtige Form der Mobilität in unserer Innenstadt, nämlich die Vollendung der Nord-Süd-U-Bahn. Genau das ist es, was wir wollen: einen adäquaten Vergleich. In der Tat ist es auch wichtig, dass, wenn die ganze Sache vonseiten der Mobilität jetzt finalisiert wird, diese Finalisierung sowohl vom Risiko als auch von der Kostenhöhe her von demjenigen getragen wird, der das Ganze verursacht hat. Das arbeitet dieser Vergleich, aber auch die strafrechtliche Untersuchung letztlich heraus, dass die Schuld bei der ARGE gelegen hat, und das ist das, worauf wir am Ende Wert legen, dass wir ein adäquates Ergebnis haben, womit wir einen Beitrag dazu leisten, dieses schreckliche Ereignis am Ende aufzuarbeiten, zu bewältigen, um in die Zukunft zu schauen.

Für die Zukunft sind zwei Dinge wichtig: Es wird einerseits fortgeschrieben, dass die Archivalien auch in Zukunft restauriert werden, wenn es technisch sinnvoll und angemessen ist, und dass andererseits die Nord-Süd-U-Bahn vollendet wird. Zwei wichtige Ziele, hinter denen wir stehen. Aus diesem Grunde können wir als CDU-Fraktion diesem Vorschlag entsprechend zustimmen.

Ich möchte ebenfalls schließen mit dem Dank an alle Beteiligten - auch jetzt noch auf der Zielgeraden -, dass das jetzt so vorangetrieben wurde. Es war am Ende auch eine Frage der Zeit. Jetzt war dieses Zeitfenster offen, dieses Zeitfenster ist genutzt worden, und vor dem Hintergrund kann man auch Verständnis dafür haben, dass wir hier trotz Urlaubssaison eine entsprechende Sondersitzung haben, um dieses Zeitfenster zu nutzen. Dafür abschließend noch einmal herzlichen Dank. Für unsere Fraktion gilt: Wir können dem Vergleich und der Resolution, die parteiübergreifend noch einmal klarmacht, wo wir stehen und wo wir die Schwerpunkte setzen, entsprechend zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sieht wirklich ein bisschen leer aus, aber auch voll genug für uns heute.

Ein langes Kapitel geht zu Ende - 11 1/3 Jahre nach dem Archiveinsturz -, und darüber sind wir froh. Die Ereignisse damals haben ganz Köln beschäftigt. Der Einsturz ist in vielerlei Hinsicht ein für Köln traumatisches Ereignis gewesen, ein großer Schock, vor allem für die Opfer, für die Angehörigen der Opfer, für die Anwohnerinnen und Anwohner, die ihre Wohnungen verloren haben, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs, aber auch für die Nachlassgeber des Archivs - insgesamt für ganz Köln. Ich denke, jeder von uns weiß noch genau, was er an dem Tag gemacht hat, als das Archiv eingestürzt ist. Allein das zeigt schon, welche Dramatik und welche große Sache das für Köln gewesen ist und wie groß der Schock in Köln tatsächlich war.

Mit dem heutigen Vergleich wird ein Neuanfang geschaffen. Wir begrüßen ihn und halten das vorliegende Ergebnis für gut. Dies spiegelt sich auch in der fraktionsübergreifenden Resolution, die wir heute zusammen mit dem Vergleichsvorschlag verabschieden wollen, wider. Auch dafür meinen herzlichen Dank an alle Fraktionen, die sich hier zusammengefunden haben, um gemeinschaftlich das Ganze zu tragen.

(Beifall)

Wir wollen und können damit ein Zeichen setzen, dass alle demokratischen Fraktionen mit einer breiten Mehrheit diesen Vergleich auch positiv begleiten. Jedes Jahr am 3. März erinnern wir uns in Köln an die Katastrophe am Waidmarkt mit beeindruckenden Kundgebungen vor Ort. Dort ist nach wie vor die Wunde, die der Stadt zugefügt wurde, zu sehen, zu spüren und zu erleben. Mit dem Vergleich ist nun die Möglichkeit geschaffen, die durch den Einsturz entstandene Lücke zu schließen. Der Vergleich bildet einen Meilenstein in der Bewältigung des entstandenen Traumas und eröffnet den Weg in die Zukunft. Die Nord-Süd-Bahn kann nun ohne Zeitverzögerung fertiggestellt werden, die Errichtung der „Halle mit dem Knick“ wird

als unterirdischer Ausstellungs- und Veranstaltungsort geschaffen, und oberirdisch wird ein angemessenes Gedenken seinen Platz bekommen.

Die Chronologie, die in der Vorlage noch einmal nachgezeichnet wird, macht deutlich, wie wichtig diese Vergangenheitsbewältigung ist und wie wichtig es ist, dass dieses Verfahren nun zu einem Ende kommt. Auch deswegen begrüßen wir den heutigen Vergleich.

Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Es war nicht so viel Zeit. Wir haben trotzdem viele Fragen gestellt und haben genau erforscht, was in dieser Vorlage enthalten ist und welche Konsequenzen das hat. Denn die Entscheidung ist alles andere als trivial.

Von großer Bedeutung war für uns, dass in der Vorlage deutlich wird, dass mit dem Vergleich die Einsturzursache abschließend geklärt ist, dass damit Rechtssicherheit erlangt wird und dass die Restaurierung der Archivmaterialien langfristig finanziell gesichert ist und - wie schon erwähnt - der Ausbau der Nord-Süd-U-Bahn zeitnah und zielstrebig zu Ende geführt wird. Ein Klageverfahren wird vermieden. In Abwägung der Alternative scheint uns das der angemessenste Weg. Denn auch eine Klage, die mehrere Jahre dauert, garantiert nicht, dass ein anderes, besseres Ergebnis für die Stadt erzielt werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Alternative einer gerichtlichen Klärung führt zudem zu weiteren Verzögerungen, zu weiteren Kosten und erst recht, wenn noch eine weitere Beweissicherungserkundung erfolgen müsste.

Mit dem vorliegenden Vergleich wird hoffentlich auch der Rechtsstreit mit der Interessengemeinschaft der Vor- und Nachlassgeber des Historischen Archivs der Stadt einvernehmlich gelöst. All das sind gute Nachrichten, wie wir finden.

Mit dem Vergleich geht es nun endlich weiter auf der Baustelle. Es gibt eine Perspektive für den Ort. Den Bewohnern und Bewohnerinnen der Severinstraße sind wir es auch schuldig, dass diese Baustelle zeitnah ihrer Beendigung entgegengeht. Sie haben genug mitgemacht. Die Einsturzstelle am Waidmarkt wird zukunftsfähig entwickelt, sie wird ein Gedenkort bleiben, aber keine offene Wunde. Daher stimmen wir dieser Vorlage gern zu. - Vielen Dank.



(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Anwesende! Wir sind über den Vergleich enttäuscht: über das Tempo, wie wir zustimmen müssen, über die Quote des Ausgleichs - 60 Prozent -, über die fehlende Aufarbeitung der Konsequenzen aus der Katastrophe, und uns fehlt ein klares Schuldbekenntnis der ARGE Los-Süd. Ein klares Schuldbekenntnis fehlt, meine Damen und Herren, und das ist schon bitter.

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen den Stadtdirektor Dr. Keller, der ein hohes Risiko eingegangen ist, indem er diese Verhandlung geführt und den Auftrag der Oberbürgermeisterin umgesetzt hat. Uns geht es um eine systemische Kritik.

In den letzten 20 Jahren passiert bei den großen Bauprojekten immer das Gleiche: Große Bauunternehmen und Investoren machen gravierende Baufehler, vertuschen sie und versuchen, die Stadt Köln über den Tisch zu ziehen. Die Verwaltung ist überfordert, und der Rat der Stadt Köln wehrt sich dagegen nicht. Das war so bei den Messehallen, bei dem Bau des Rautenstrauch-Joest-Museums, bei Oper und Schauspielhaus und jetzt beim Historischen Archiv. Die Hauptleidtragende war immer die Stadt Köln. Auch bei diesem Vergleich fehlt uns eine angemessene Abfindung - in diesem Fall ein dreistelliger Millionenbetrag.

Ich erinnere daran, dass wir Forderungen in Höhe von 1 Milliarde Euro zu Buche stehen haben. Da helfen uns nicht die besten Anwälte, wenn nicht die Verwaltung eine selbstbewusste Bauverwaltung ist. Der Deutsche Städtetag hat das 2015 in seinem Positionspapier zum kommunalen Bauwesen klar zum Ausdruck gebracht - Zitat -:

... die Bauherrenfunktion der Städte zu stärken und bauliche Expertise in den Städten zu halten bzw. bedarfsgerecht zurückzugewinnen ...

Bis heute hat sich die Kölner Stadtverwaltung vom Kahlschlag des damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Prof. Bietmann im Jahr 2000 nicht erholt, als die damalige Koalition von CDU und FDP in Kooperation mit den Grünen 4 000 städtische Beschäftigte abbaute, die Dezernate von elf auf sieben reduzierte und dann Herr Bietmann im Rat erklärte - ich zitiere -:

Dies ist ein großes Reformwerk; ich behaupte, das größte Reformwerk der Verwaltung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Herr Sterck, Sie waren damals dabei und erklären - ich zitiere -:

... die Bauherren und Investoren in unserer Stadt [werden uns] ewig dankbar sein ...

Ratsprotokoll aus dem Jahr 2000, Band I, Seite 440.

Ja, die Investoren unserer Stadt sollen dann auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin, zu einem Vergleich ermuntert haben. Am 2. März 2019 berichtete der *Express*, dass Sie, Frau Oberbürgermeisterin, einen Vergleich anstreben. Der *Express* schrieb - Zitat -:

Bei solchen Vergleichsverhandlungen eröffnen Mediatoren den Basar üblicherweise mit dem Vorschlag einer Fifty-Fifty-Regelung.

Ich war damals entsetzt, wie man sich als Oberbürgermeisterin mit einem solchen Vorschlag an die Öffentlichkeit wenden kann. Dass man darüber nachdenkt, ist völlig in Ordnung, aber nicht in der Öffentlichkeit.

Fazit für mich: Wir sind nicht weit weg von der Fifty-Fifty-Regelung, sondern bei der 60-40-Regelung.

Wenn neoliberale Politik heute nicht mehr die Rolle spielt, wie Ende der 90er-/Anfang der 2000er-Jahre, ist ein klares Gegensteuern mit einer starken kommunalen Verwaltung für uns nicht erkennbar. Dafür werden wir, DIE LINKE, weiter kämpfen - Jahr um Jahr.

(Beifall bei der LINKEN)

Weil wir diese grundsätzliche systemische Kritik an diesem Vergleich haben, wollen wir mit unserer



Initiative und der Resolution eine gewisse Klarheit schaffen, dass die Mittel, die die Stadt Köln jetzt bekommt, auch für die Zwecke, für die sie sie erhält, verausgabt werden. Die 600 Millionen Euro müssen auch in die Bereiche fließen, die besonders vom Archiveinsturz betroffen sind, nämlich in die Restaurierung der Archivalien, in die Entwicklung des ÖPNV sowie in den Abbau der Kassenkredite.

Ich bedanke mich bei den demokratischen Fraktionen und Gruppen, dass wir diesen Antrag nunmehr gemeinsam einbringen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Thema ansprechen: Im Zuge des Archiveinsturzes haben etliche Kölnerinnen und Kölner die Stadt Köln verklagt. Es wäre vielleicht besser gewesen, sie hätten die ARGE verklagt - das hat mir eine klagende Person gesagt -, aber das sei einmal dahingestellt. Etliche Verfahren sind aber noch anhängig. Ich will mich dazu im Detail gar nicht äußern, nur so viel: Ich glaube, es wäre in der jetzigen Situation klug, wenn wir mit dem Schuldigen, der ARGE, einen Vergleich schließen, dass wir mit den Kölnerinnen und Kölnern, die die Stadt verklagt haben, einen gütlichen Weg finden, wie wir diese Klagen aus der Welt schaffen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Wir werden der Verwaltungsvorlage und der Resolution zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Den nachdenklichen Worten des Gedenkens, die meine Vorredner hier schon genannt haben, und den Worten des Dankes schließe ich mich für die FDP-Fraktion ausdrücklich an. Doch heute besteht die Möglichkeit, gerade unter diesen zivilrechtlichen Teil einen Schlusstrich zu ziehen und auch den Blick nach vorn zu wenden.

In den Beratungen vor der heutigen Sitzung hieß es von einem Kollegen, niemand sei begeistert über das, was hier vorgelegt wurde. Heute im Auf-

sichtsrat der KVB sprach jemand davon, er sei unglücklich über das gewählte Verfahren. Ich muss sagen: Meine Stimmungslage ist heute eine andere, denn ich bin begeistert und glücklich, dass wir endlich diesen Kompromiss, diesen Vergleich hier haben. Er hätte aus meiner Sicht schon viel, viel früher vorliegen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Detjen, natürlich kann man immer sagen, es hätte noch ein bisschen mehr Geld sein können, die Beratungszeit hätte noch ein bisschen länger sein können, aber das Leben ist eben kein Wunschkonzert. Das Zitat, das Sie eben von mir verlesen haben, hörte sich recht gut an. Anscheinend habe ich damals gehofft, dass es für Investoren in Köln leichter wird, zu bauen. Wenn Sie mir die Stelle nachher noch einmal nennen, schaue ich mir das selbst noch einmal an, aus welchem Zusammenhang das gerissen worden ist. Denn die Hoffnung, dass es für Investoren in irgendeiner Form in Köln leichter geworden ist, hat sich sicherlich in dieser Form nicht realisiert.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Ich möchte heute ausdrücklich dem Stadtdirektor danken und ihn für das beglückwünschen, was er hier für uns herausverhandelt hat. Herr Dr. Keller, wenn es das Einzige gewesen wäre, was Sie in dieser Stadt hinterlassen hätten, hätte es sich schon gelohnt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn ich da zum Beispiel an die Hinterlassenschaften Ihres Vorgängers denke, der Probleme gern noch etwas vergrößert hat, anstatt sie zu lösen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wenn ich bei Ihnen (*von der SPD*) einmal zu Protokoll geben darf: Er schuldet bis heute seinen Wetteinsatz für unsere Wette, dass das Autonome Zentrum in der Luxemburger Straße zu dem von ihm ausgehandelten Termin freigeräumt wird. An diese Abmachung hat er sich am Ende auch nicht gehalten.

Wenn Sie die Resolution jetzt sehen, die wir zwischen den Fraktionen und den politischen Gruppen verhandelt haben, könnte man fast denken, es gehe hauptsächlich um den Gedenkort *K³*, der hier über drei Zeilen gewürdigt wird. Sicherlich

eine gute und wichtige Idee, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier insbesondere um die Vollendung der Nord-Süd-Stadtbahn, die es leider nur mit einer Zeile in diese Resolution geschafft hat - immerhin eine Zeile mehr als im Ursprungsentwurf, weil dort die Vollendung der Nord-Süd-Stadtbahn gar nicht vorkam. Das war uns als FDP wichtig. Der Kollege Petelkau hat auf die Bedeutung auch richtigerweise entsprechend hingewiesen, dass wir jetzt die Möglichkeit haben, diese wichtige Verbindung in unserem Netz vollständig zu schaffen, die den Zentraltunnel entlasten soll, die den Neumarkt entlasten soll und ein ganz wichtiger Mosaikstein im künftigen Netz der Kölner Verkehrsbetriebe ist.

Frau Verkehrsdezernentin Blome, die letzten Zahlen bzw. die Daten, die dort genannt worden sind, 2029 - also noch einmal neun Jahre von jetzt gedacht - oder 2027, können den Rat der Stadt Köln sicherlich nicht befriedigen. Ich hoffe sehr, dass gerade die ARGE selbst jetzt ein Interesse daran hat, da die ARGE selbst die Verantwortung dafür trägt, dieses Gleiswechselbauwerk zu realisieren, und dass das zu einer Beschleunigung führt und wir möglicherweise vielleicht schon 2025 hier die Nord-Süd-Stadtbahn komplett mit den Linien 5 und 16 befahren können. Frau Blome, ich möchte Sie bitten, sich dafür einzusetzen und sich dafür stark zu machen. Wir zählen auf Sie. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Ich mache es von meinem Platz aus.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Gäste im Sitzungssaal und am Livestream! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es vorwegzunehmen: Wir lehnen die Beschlussvorlage ab, ebenso die mir bisher bekannten Änderungs- und Ergänzungsanträge der Fraktionen. Es hat wohl einen intensiven Schriftverkehr gegeben, aber ich konnte mich da kaum einlesen. Die jetzt als Tischvorlage noch einmal etwas tiefergehenden Informationen konnte ich zu Beginn dieser Sitzung nicht lesen, weil ich mich auf den Verlauf der Sitzung konzentriert habe.

135 Monate sind nach dem Einsturz des Stadtarchivs vergangen, und 135 Millionen Euro wurden in der Anlage 2 aufgelistet. Es ist jetzt das Ergebnis eines Vergleichs mit der ARGE, dass die Stadt 600 Millionen Euro bekommt, und damit ist eigentlich die Klappe zu. Damit ist der Einsturz des Stadtarchivs zumindest für uns vom Rat vom Tisch. So interpretiere ich das.

Was die Schuldfrage betrifft, so können sich die Beteiligten der ARGE und auch der KVB bekreuzigen. Geschafft! Keinesfalls vergessen sind die publikumswirksamen Prozesse gegen vier Mitarbeiter, die 2018 und 2019 mit Freisprüchen und einer Bewährungsstrafe endeten. Derweil bleiben KVB-Vorstand und Projektverantwortliche der ARGE komplett ungeschoren. Die Logik der Mitäterschaft durch Unterlassung der Aufsicht bei den Arbeitgebern bei der KVB und der ARGE standen eigentlich nie öffentlich zur Diskussion.

Zurück zur Vorlage: Die Freien Wähler lehnen den Beschluss ab und bedauern, dass die Aufklärung der Hintergründe und damit der Schuldfrage des Archiveinsturzes vom 03.03.2009 ungeklärt versanden. Formulierungen, ob dieser Vergleich ein Schuldeingeständnis oder eine Übernahme der Verantwortung der ARGE ist, sind vor dem Hintergrund der gesamten Affäre und des Versagens der Beteiligten überflüssig. Die Freien Wähler fordern die Kämmerei auf, die von der ARGE angebotene Summe in Höhe von 600 Millionen Euro ausschließlich für die Planung und Finanzierung solcher Positionen einzustellen, wie für die gegebenenfalls teilweise Aufarbeitung und Wiederherstellung des an verschiedenen Standorten eingelagerten Archivmaterials, für den Neubau des Stadtarchivs, die Fertigstellung bzw. den weiteren Ausbau des ÖPNV - in dem Fall der Nord-Süd-Bahn - sowie für die Errichtung einer angemessenen Gedenk- und Kultureinrichtung vorgesehen. Wir wünschen uns, dass dem Rat dazu jeweils Einzelbeschlüsse vorgelegt werden.

Ich komme aber noch einmal zur Kostenübersicht: Wir wollen, dass ergänzend zu der Anlage 2 in der Beschlussvorlage eine weitere Übersicht aller zu erwartenden konsumtiven und investiven Planungen und Maßnahmen erstellt wird. In der Tischvorlage, die ich eben zitiert habe, ist zumindest ein Ansatz erkennbar. Diese Positionen sollten jeweils mit einer groben Kostenschätzung bewertet werden.



Übrigens würde mich interessieren, ob die etwa 135 Millionen Euro in der Anlage 2 - mit den Personalkosten sind es 150 Millionen Euro - aus den 600 Millionen Euro finanziert werden müssen.

Wir fordern ebenso eine seriöse Überprüfung, ob die gesamte Wiederherstellung des derzeit eingelagerten Archivmaterials in Teilen nicht auch aufgegeben werden kann. Hier sollte nach der Anwendung des Prinzips der Nachhaltigkeit, der Stadtgeschichte und des kulturellen Nutzens entschieden werden, Bedeutung und Kosten-Proz. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann erlauben Sie mir bitte, bevor ich den Abstimmungsvorgang aufrufe, noch einmal als Oberbürgermeisterin mit wenigen Sätzen für diesen Vergleich zu werben.

Ich möchte das Gesagte nicht wiederholen, aber wir wissen, wie die Stadt diesen Einsturz erlebte. Sie hat erlebt, wie es ist, sein Gedächtnis zu verlieren, und das ist für eine Stadt eine Katastrophe. Ich denke nicht nur an die Todesopfer, sondern auch an den Verlust des angestammten Quartiers, den viele Anwohner erlebt haben, an die darauffolgenden Interimssituationen für die Schulen und für das ganze Severinsviertel. Ich denke, es ist allerhöchste Zeit, dass diese tiefe Wunde im Stadtbild und auch in vielen Köpfen dieser Stadt geschlossen wird.

Ich bin davon überzeugt, dass der Vergleich mit der ARGE angesichts der Rahmenbedingungen und der Beweislast eine gute Nachricht für unsere Stadt ist, und ich bin wirklich erleichtert, dass wir dieses schwere Kapitel der Kölner Stadtgeschichte damit abschließen können. Nicht vergessen, sondern abschließen! Deswegen möchte ich noch einmal alle, die jetzt hier im Rat sitzen, darin bestärken, doch diesen Weg mitzugehen, weil die Kölnerinnen und Kölner, denke ich, sich auch eine große Einmütigkeit in dieser Sache hier aus diesem Haus wünschen.

Ich rufe jetzt, meine Damen und Herren, nachdem ich mich nochmals bei dem Team, das diesen Ver-

gleich zustande gebracht hat, bedankt habe, zunächst in der Abstimmung den gemeinsamen Ergänzungsantrag von SPD, CDU, Grüne, LINKE, FDP und Frau Gerlach auf. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse über die Vorlage in der soeben ergänzten Fassung abstimmen. Auch hier frage ich nach Gegenstimmen. - Das ist Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen allen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt auf:

2 Aus der Sitzung des Rates vom 18.06.2020 vertagte Vorlagen

Tagesordnungspunkt

2.1 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz 3956/2019

Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde eine Anmerkung machen, da die Bezirksvertretung hier noch eine Anmerkung gemacht hatte, und zwar würden wir als CDU-Fraktion gern heute zustimmen, aber mit der Anregung aus der Bezirksvertretung, dass gerade bei dem Verkehrskonzept, das für die spätere Bauplanung sowieso noch erstellt werden muss, insbesondere auch bei den betroffenen Gewerbegebiete in unmittelbarer Nachbarschaft der zusätzliche Verkehr zumindest in der Abschätzung mit einbezogen wird und für die spätere Entscheidung berücksichtigt wird. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen¹. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

¹ In der Fassung des Verkehrsausschusses, s.a. Klarstellung auf Seite 19.



Tagesordnungspunkt

2.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bauungsplan-Entwurf 76380/03; Arbeitstitel: „Südlich Friedensstraße - Westteil“ in Köln-Porz-Elsdorf 0935/2020

Gibt es Wortmeldungen? - Frau De Bellis-Olinger, bitte.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Das Fachgespräch hat in der Bezirksvertretung Porz stattgefunden. Die Dringlichkeitsentscheidung liegt auch Ihnen vor - sei es in Mandatos oder auch ausgedruckt auf dem Tisch.

Ich möchte noch einmal auf Punkt 4 Bezug nehmen, und zwar möchte die Bezirksvertretung Porz das betreute Wohnen im städtebaulichen Vertrag berücksichtigt haben. So, wie ich das mit der Verwaltung besprochen habe, ist das im städtebaulichen Vertrag nicht möglich, aber ich bin mir sicher, dass der Beigeordnete Greitemann alles dafür tun wird, diesem Wunsch zu entsprechen und mit der GAG auch intensiv in Gesprächen zu bleiben. Das ist das, was wir uns wünschen, und auch das, was die CDU lebt: alle Generationen im Blick zu haben.

Viel Erfolg, Herr Greitemann, auch bei der Umsetzung dieses Wunsches, dass wir praktisch am Ende nicht nur die Wohnungen dort haben, sondern auch das betreute Wohnen vorfinden werden.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen wie Vorlage. Die Stellungnahme der Bezirksvertretung Porz liegt Ihnen als Anlage 12 vor, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Ich würde gern noch einmal zum Tagesordnungspunkt 2.1 klarstellen, dass die Abstimmung wie Verkehrsausschuss vorgenommen wurde. Ich

wollte das nur noch einmal klarstellen, weil ich das eben nicht gesagt hatte.

Dann sind wir am Ende der Sitzung angekommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Ihnen, wünsche Ihnen einen guten Sommer und auf Wiedersehen.

(Schluss: 19.44 Uhr)